

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsgelbblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich u. s. w. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltel oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeilspaltel 30 Pfg., Vollspaltelgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen und auf die gezielte Verbreitung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Preis abgenommen. / Vollspaltelgebühren: 10.— M. das Laubend, sonstiger Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 13

Donnerstag, den 29. Januar 1931

33. Jahrg.

Der Jagdverteilungsplan

des Jagdbezirks II der Stadt Kemberg für das Nachjahr 24. 6. 1930/31 liegt vom 29. Januar bis mit 12. Februar d. J. in der Stadtpartaflektur (Eintritt der Beteiligten aus. Einträge sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig, Kemberg, den 28. Januar 1931.

11] Der Jagdvorsteher
Dieze, Bürgermeister

Kirchensteuer

2. Rate vom 1. Oktober 1930 bis 31. März 1931 und Rückstände von erster Rate sowie ein Rückgeld von 2 M. von allen über 20 Jahre alten Personen, die keine Einkommensteuer zahlen oder deren Veranlagung von der Grundsteuer den Satz von 2 M. nicht erreicht, ist vom 30. Januar bis 15. Februar d. J. an unsere Kirchensteuere (Kühn, Leipziger Straße 55) zu zahlen.

Der Gemeindefiskusrat

Selbsthilfe der Städte.

Seit langen Jahrzehnten war die Lage der deutschen Städte nicht so ernst wie heute. Man muß damit rechnen, daß die Städte Ende März vor einem ungeheuren Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen. Unter diesen Umständen ist die volle Ausnutzung der Notverordnungsmaßnahmen notwendig. Die Notverordnung ist in erster Linie selbsthilflich gedacht. Aber wer glaubt, daß die Ordnung im Reichshaushalt und die Bekämpfung der durch Wohlfahrtsfragen nur wenig bedrückten Länder der Städte den Gemeinden fällt, irrt. Die Reichsregierung weiß, daß es nichts nützt, den Reichssetz zu lancieren, wenn die Gemeinden nicht genügend berücksichtigt werden. Bei dieser Sachlage ist die von uns immer wieder geforderte Neuregelung der Kreditfragen und die Veränderung der Termine im Januar 1931, die den Gemeinden einen vermehrten Zuwachs an Wohlfahrtsausgaben bringen, dringendes Gebot. Sonstige Möglichkeiten zur Neuregelung der Kreditfrage werden gegenwärtig immer wieder zwischen Reichsregierung und Städten besprochen.

Die deutschen Städte haben bewiesen, daß sie aus eigener Entschlossenheit alles tun, was nötig ist. Noch in diesem Haushaltsjahr müssen auf der Ausgabe Seite alle Ersparnisse, die irgend möglich sind, gemacht werden. Vorhänge dazu richtete der Vorstand des Deutschen Städtebundes vor kurzem an die Städte; sie betrafen den Reichssetz, die Krankenhäuser und das Schulwesen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen über die Wirtschaftsbekämpfung der Städte zum Abschluß gelangt, sind die Richtlinien für die Wanderverfahren vereinbart worden, sind föderale Städtebund- und Landesorganisationen über eine zentrale Beratung der Theatervirtschaftslosigkeit gemindert. Die Ausgaben für die Schulen herabzusetzen zu müssen, ist keine leichte Aufgabe der Städte, auch hier werden sie, hartem Zwange folgend, die Verantwortung für unpopuläre Entschlossenheiten auf sich nehmen. Die Sparmaßnahmen müssen sich jedoch organisch einfügen und, wo möglich, mit Verbesserungen Hand in Hand gehen. Auch Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsspiele, haben ihre natürlichen Grenzen. Bei der überaus großen Notlage breiter Schichten der Bevölkerung wird der jetzige Stand der Wohlfahrtspflege im großen und ganzen soweit als möglich aufrecht erhalten werden müssen. Insbesondere sollten der vorbeugende Jugendchutz und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge nicht eingeschränkt werden. Die Bedürfnisse der Wohlfahrtspflege müssen an die Lebenshaltungskosten angepaßt werden, wenn einerseits die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Lebensmittelpreise, andererseits die Gehälter und Löhne gesenkt sein werden. Außer solchen Sparmaßnahmen der Städte können weitere Ersparnisse in der Fürsorge dadurch erzielt werden, daß gesetzliche Bestimmungen geändert werden. Der Städtebund hat von der Reichsregierung verlangt: Der Rückzahlunganspruch in der öffentlichen Fürsorge muß endlich gesetzlich festgelegt werden; die Bestimmungen des Anleihenabnahmengesetzes und des Aufwertungsabnahmengesetzes, nach denen Verzugszinsen und aufgewertete Zinsen bis zu einem gewissen Betrage bei Bemessung der öffentlichen Unterstützung nicht berücksichtigt und aufgewertete Ansprüche zur Sicherstellung der Rückzahlungsansprüche nicht herangezogen werden dürfen, müssen beseitigt werden; die gesetzliche Rückzahlungsfrist bei der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger durch Rückzahlung

verbände muss herabgesetzt, die Ertragsansprüche der Fürsorgeverbände gegenüber Versicherungsträgern müssen erweitert werden. Warum führt das Reich nicht endlich auch in der Kreditfrage die Selbsthilfemittel ein? Die Geldmittel, die dort verwendet werden, könnten die Gemeinden entlasten. Auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft werden die Gemeinden ihre Selbsthilfe- und Sanierungsaktion fortsetzen. Sie werden weiterhin äußerste Beschränkung über bei größeren Investitionen, Zurückhaltung auf dem Geld- und Kapitalmarkt beobachten und kurzfristige Verschuldung meiden. Der Ausbau des kommunalen Kreditwesens ist mit dem positiven Ziel einer produktiven Wirtschaftsbekämpfung der Städte gewinnt in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Krisen für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wachsende Bedeutung. Eine besondere Befähigung wird die Prüfung der gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetriebe erfordern. Abgesehen von der auch hier durch die örtlichen Organe durchzuführenden laufenden Kassen- und Rechnungskontrolle handelt es sich hier um die Prüfung der wirtschaftlichen Betriebe auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Organisation und Betriebsführung. Die Prüfungen werden sich sowohl auf Regiebetriebe als auch auf kommunale Betriebe in Privatrechtsform erstrecken.

Diese Ersparnisvorhänge und Rationalisierungspläne müssen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden und sollen die Voraussetzungen sein für die Verhandlungen mit Reich und Ländern. Sie sind auch die Voraussetzungen für unsere Forderungen an das Reich und die Länder. Jede Stadt, die dem Schicksal, dem kleinen Beamten, dem Arbeiter, dem Emmerhofen, dem Kranien genommen werden muß, ist ein Vorwurf an Reich und Länder: Wann endlich werdet Ihr eure Pflicht tun und den Gemeinden helfen?

Deutsche Tagesschau.

Die Grüne Front beim Kaiser.

Reichstanzler Dr. Brüning empfing in der Reichstanzlei im Besien der Reichsminister Chiele und Trevisanus den Grafen Kalkreuth, den Präsidenten Brandes, die früheren Reichsfinanzminister Dr. Sermes und Dr. Febr sowie den Professor Dr. Bornhoff. In der eingehenden Ausprache wurde die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft durchgesprochen. Vom Reichstanzler wurde in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft als Ziel der Ausprache bezeichnet, in gemeinsamer Arbeit zu einem Gelampfen zu kommen, bei der deutschen Landwirtschaft nicht nur vorübergehend Erleichterungen bringe, sondern auf lange Sicht die Grundlagen einer soliden Agrarwirtschaft schaffe.

Auftakt im preussischen Landtag.

Der preussische Landtag trat nach längerer Pause zu einem Volltagssitzungssitzung zusammen, der bis zum 6. Februar dauern soll. Im Vorfeld wurde auf Ergehen des Ministerpräsidenten Braun beschloßen, den Haushalt im Landtag noch vor den Ferien zu verabschieden. Der Landtag selbst beriet über die preussische Gesundheitsreform und die Gesundheitspreussische Neuordnung und Regelung der preussischen Realsteuern. Am Mittwoch beginnt die zweite Beratung des Haushalts und zwar beim Haushalt der landwirtschaftlichen Ver. Luns.

Parlamentarischer Auftakt.

Die kommenden Verhandlungen

Berlin, 27. Januar

Nachdem der Reichstanzler Dr. Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zusammenritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Inzwischen hat ja auch bereits eine Fühlungsnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden.

Die Besprechungen werden fortgesetzt. Ein besonders wichtiges Thema ist die Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei, Landtag und in politischen Kreisen wird angenommen, daß die Volkspartei der Reichsregierung nach Mitteilung macht, welche Sparmaßnahmen sie bei dem 300 Millionen-Eintrag im Auge hat. Die Gerichte, daß Dringenden bei seiner ersten Fühlungsnahme mit Reichstanzler Dr. Brüning personelle Veränderungen im Kabinett gewünscht hat, dürfte unzutreffend sein.

Betreiber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Besprechung mit dem Reichstanzler Dr. Brüning über die von den Sozialdemokraten beantragte Staufung bei der Kürzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien selbst wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fühlungsnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Löbe formulierten Anregungen zur Parlamentsreform erörtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, daß ähnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Anträge, die finanzielle

Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Amnialität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure selbsten und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Disziplinargesetzes wird im engen Zusammenhang mit der Glaubensberatung gehalten, und im besonderen wird das Schicksal des Disziplinargesetzes davon abhängen, ob der Reichshaushalt für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister Löbe selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Disziplin ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Vorkonkurrenz abhängen, ob sie sich entzieht, dem Etat zugutkommen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Hugenberg fordert Breitenwahlen

Berlin, 28. Januar.

Auf der von der DNVP gestern veranstalteten Reichsgründungsfeier hielt der Parteivorführende, Geheimrat Dr. Hugenberg, eine programmatische Rede, in der er u. a. ausführte: Seitens des Reichstages für 1931 ist verfassungsmäßig ein neuer Reichstag zu wählen. Im Frühjahr 1932 ist auch ein neuer Reichstag zu wählen. Das ist der Entschluß des Reichstages. Auf ihn richtet sich die DNVP hinstehend der Geist und der Wille des deutschen Volkes. Das ist unsere erste Parole für 1931. Wir verlangen, daß der veränderten Volkstimmuna Rechnung getragen und daß der Reichstag Landtag aufgelöst und neu gewählt wird.

Das ist unsere zweite Parole für 1931. Denn was ist das Bspiel zwischen Sozialdemokratie und Zentrum anderes als eine verkappte Große Koalition? Wir rufen schon heute laut und öffentlich den von uns gemächten Reichspräsidenten an: Möge er auf der Hut sein, nicht in das Benehmen von dem hineingezogen zu werden, was er will, in die geschichtliche Verantwortung für einen neuen Staatsstreich, für einen Staatsstreich in Preußen, dem die Reichswehr Gehört bei Fuß gegenübersteht. Wir verlangen zum Bemeide helfen, daß man so etwas nicht mehr, die Neuwahl des Preussischen Landtages in diesem Frühjahr! Das neue Reich, für das wir kämpfen, ist Bismarcks Reich und doch ein ganz anderes Reich. Einst traf die Sozialdemokratie eine falsche Maßnahme nach der andern mit dem Erfolge, daß die Justiz immer weiter im Licht giff. Jetzt dreht das Kabinett Brüning, weil es um der gemeinsamen Herrschaft in Preußen willen an die Sozialdemokratie getreten ist, die gleiche Falle in der entgegengekehrten Richtung. Es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Elend herauszuführen vermag: Zurück zur Heiligkeit! Die wirtschaftspolitische Rettung unseres Volkes, das ist die dritte Parole für 1931!

Nach Dr. Hugenberg sprach Hofprediger Dr. Doherring, der seine Ausführungen schloß: Die deutsche Nation lasse das Reich Brüning mit seinen volkswirtschaftlichen Folgezuständen hinter sich und ziehe dem Dritten Reich, dem neuen deutschen Kaiserreich, entgegen.

Aus dem Freistaat Thüringen.

Staatsminister Dr. Fric über seine Ministerstätigkeit.

Weimar, 27. Januar

Staatsminister Dr. Fric sprach in einer Kundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjährigen Bestehens der gegenwärtigen Thüringer Regierung veranstaltet worden war, über seine Ministerstätigkeit.

Bei allen seinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Voraussetzungen für die Befreiung Deutschlands der Zusammenbruch des gesamten Volkes in einen einheitlichen Widerstand, Abwehr- und Freiheitswillen sei.

Als besonders wertvoll und notwendig bezeichnet er, daß dieser neue Geist und Wille in die Herzen der Jugend verankert werde. Mit Solch könne er sagen, daß gerade bei der Jugend schon heute Erfolge in nationalsozialistischen Sinne zu beobachten seien. Der Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Politik sei, die Jugend immer mehr mit dem Geist des Widerstandes zu erfüllen, um so den Boden für Taten vorzubereiten, die dem deutschen Volk verlangt werden müßten, wenn es seine Freiheit wiedererlangen wolle.

Auch die religiös-friedliche Erneuerung sei ein Gebot der Stunde. Deshalb habe er die Schulgebete eingeführt.

Dr. Fric freute sich über die Berufung des Professor Dr. Günther und des Bauinstitutors Professor Schulpe nach Weimar, um deren beiden Fachberatern für ihre Mitarbeit Dank zu sagen. Hierbei wies er den Vorwurf der Futtersprecher zurück und erklärte, daß er trotz aller Berufungen keine Fachberater nicht zurückweisen werde, da Personalfragen für die Nationalsozialisten nachfragen seien. Die ungeheure Aufgabe, die sich die Nationalsozialisten in der Befreiung des deutschen Volkes gestellt hätten, sei in Thüringen zwar erst in den allerersten Anfängen, aber Millionen deutscher Volksgenossen hätte dieser Anfang mit neuer Hoffnung erfüllt.

„Nicht nur Sicherheiten“

... auch Angst vor der deutschen Industrie.

Einige Pariser Blätter, besonders das „Journal“ und das „Deuere“, setzen sich über die deutsch-Außenhandelsbilanz äußerst kritisch. Sie verübeln ihre Ziele zu beklagen, daß weder die Reparationsleistungen noch die Arbeitslosigkeit in Deutschland in seiner Entwicklung gehindert haben. Das „Journal“ schreibt u. a., das Ergebnis müsse um je mehr unterliegen, werden, als es in einem Augenblick bekannt wurde, in dem man deutscherseits immer wieder auf die Unhaltbarkeit des Youngplans aufmerksam mache. In erster Linie sei die Feststellung, daß der heutige Außenhandel durch die Schließung des Youngplans England überflüssig habe und nunmehr an die erste Stelle nach Amerika gerückt sei.

Die Wirtschaftslage in Deutschland sei außergewöhnlich gesund, obwohl die Industrie nicht vollständig ausgezehrt wurde.

Das Blatt fragt, welches die Macht Deutschlands wäre, wenn es keine Industrie voll befähigt würde. Die gleiche Frage wirft auch das „Deuere“ auf. Es verlangt die Einberufung einer internationalen Konferenz für die Einschränkung der Industrieerzeugung. Man dürfe nie vergessen, so betont das Blatt, daß die Friedensbedingungen in vieler Hinsicht auf eine Kriegeslage in sich schließen. Wenn Brünning in seiner letzten Rede darauf hingewiesen habe, daß die Zustimmung eines Zahlungsplans notwendig erfordere, so könne man nur von einer Industrialisierung mit aller Gewalt sprechen. Die Lösung für Deutschland unter Umständen sehr gefährlich werden.

Henderson über Genf.

London, 28. Januar.

Außenminister Henderson erklärte nach seiner Rückkehr aus Genf in einer Unterredung, er sei überzeugt, daß es eine erfolgreiche Abrüstungskonferenz mehr als alles andere dazu beitragen werde, die Weltfriedensverhältnisse und die politische Stabilität in Europa zu sichern. Obwohl im Völkervertrag auch die von der Tagung der 27 Außenminister, die Briand Plan für europäische Zusammenarbeit erzwungen habe, die englische Delegation zahlreiche Bemerkungen über die Wirtschaftskrise die Weltzahl der europäischen Länder ebenso schwer betroffen habe wie Großbritannien.

Der Minister bemerkte weiter, die Tatsache, daß kein vernünftiger und gutunterrichteter Mensch einen Krieg befürchte, vermindere nicht die Notwendigkeit, das Wert der Abrüstung hoch und wirksam vorwärtszubringen. Er glaube nicht, daß die Welt den vollen Vorteil von allem, was zum Wiederaufbau Europas getan worden sei, erkenne werde, bis zum mindesten das vom Vertrag von Versailles beabsichtigte Maß der Abrüstung herbeigeführt sei.

Henderson schloß: „Ich sehe die oberste Aufgabe, die der Rat am letzten Sonnabend zustande gebracht hat, als ein bemerkenswertes Zeugnis für die zunehmende Macht des Völkervertrages an. Diese Regelung wird, wenn sie auch ausgearbeitet wird — und ich vermute darauf, daß dies der Fall sein wird —, viel dazu beitragen, eine der ernstesten Ursachen der Reibungen in Osteuropa zu beseitigen.“

Die englische Regierung gesichert?

In der innerpolitischen Lage Englands ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Der Hauptentscheidender der liberalen Partei, Sir Archibald Sinclair, hat sich davon überzeugt, daß die meisten Liberalen mit Ausnahme von etwa 10 oder 12 der Entschiedenheit der Parteileitung folgen werden, bei der Abkündigung über das Gewerkschaftsgesetz sich der Stimmenabgabe zu enthalten.

Dies würde bedeuten, daß die Regierung ihr notwendige, wenn auch geringe Mehrheit erhält, vorausgesetzt, daß nicht noch im letzten Augenblick unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Ferner haben die Liberalen ihre Entschliebung über die Arbeitslosigkeit in der Hand, daß zwar die Mitglieder der Arbeiterpartei aber nicht die Konventionen für sie stimmen können, während es ziemlich sicher erscheint, daß die meisten Liberalen gegen die Entschliebung, die den alten Plan Lloyd Georges enthält, eine große Anzahl für Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, stimmen werden.

Amerikanische Erkenntnisse.

Boschhafter Sadelt in Köln.

Berlin, 28. Januar.

Die amerikanische Handelskammer in Deutschland hat nun auch in Köln, das die Amerikaner als den wirtschaftlich wichtigsten Punkt des deutschen Weltens betrachten, eine Zweigstelle eingerichtet, und deren Eröffnung gab Anlaß zu besonders feierlichen Veranstaltungen, in deren Mittelpunkt das Erheben des Berliner amerikanischen Boschhafter Sadelt Hand. Der Boschhafter hat bei dem Festessen eine Ansprache gehalten, die über den eigentlichen Anlaß hinaus in Kreisen der Wirtschaft und der Politik besondere Bedeutung findet. Der Boschhafter hat ausgehend von der Gemeinsamkeit vieler kultureller und wirtschaftlicher Interessen, die die Vereinigten Staaten und Deutschland verbinden, dem Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der gegenseitigen Verflechtung namentlich der wirtschaftlichen Interessen Ausdruck gegeben und bei der Prüfung der Möglichkeiten für die Erfüllung dieses Wunsches ein Bild der wirtschaftlichen Weltlage und der besonderen Lage Amerikas gezeichnet.

Bei rückfalllos Anzeichen der schweren Depression des letzten Jahres bekannte sich der Boschhafter doch für das neue Jahr zu einer Zuversicht, die er in erfreulichen Umständen begründet sieht, und besand, daß der Tiefstand der Wirtschaftskrise überstanden sei. Auf das politische Gebiet hinüber spielten seine abschließenden Ausführungen, die als wesentliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Sicherung des Friedens zwischen den Nationen, die Lösung des Krieges und die Ausschaltung jeder Geheimpolitik kennzeichneten.

Der Beifall, der dem Boschhafter aus dem wirtschaftlich eingetragenen Kreis seiner Zuhörer in reichem Maße zuteil wurde, wird ihm auch im politischen Lager nicht fehlen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 28. Januar 1931.

Das Amtsgericht hat uns gestern, auf Folgendes hinzuweisen: Die Gläubiger von insolventen Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Realien, die nach dem Aufwertungsgesetz aufgewertet sind, deren Aufwertung aber im Grundbuch noch nicht eingetragen ist (z. B. von noch eingetragenen Papiermarktschulden, gelöstem, infolge Vorbehalt oder Rücknahme aufgehobenen Rechten), haben für den früheren Gläubiger aufgewerteten Rechten, haben den Antrag auf Eintragung des Rechts spätestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgewertete Recht am Grundbuch; soweit es noch im Grundbuch eingetragen ist, wird es von amtswegen gelöscht.

Doch keine Realverrentung! Die Notverordnung hat den Gemeinden vom 1. April 1931 ab eine Senkung der staatlichen Grundvermögenssteuer um 10% und der Gemeindefiskal um 20% verprochen. Der Steuerzahler in einer Gemeinde, die 200% Zuschlag erhebt, würde somit zunächst die 10% Senkung der staatlichen Steuer mitmachen, und da nur auf den gefestigten Betrag die Gemeindefiskal erhoben werden, weitere 20% sparen; mit anderen Worten: mer in dieser Gemeinde bisher 100 RM staatliche Steuer bezahlte und infolgedessen noch 200 RM an die Gemeinde zahlen mußte, wird künftig nur noch 90 RM staatl. Steuer entrichten haben und dementsprechend 180 RM an die Gemeinde. Der Betrag, der der Gemeinde auf diese Weise durch die Senkung entgeht, soll der Gemeinde aus Hauszinsverrentungen zur Verfügung gestellt werden. In Ländern jedoch, die einen starken Wohnungsbedarf haben, kann mit Zustimmung des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers die Hauszinssteuer in geringerer Weise herangezogen werden und die Senkung nur bei benutzten Gemeinden vorgenommen werden, deren Steuererträge über den Landesdurchschnitt vom 31. Dez. 1930 hinausgehen. Da der Landesdurchschnitt für die Grundvermögenssteuerzulage 10 ungenügend bei 300% liegt, bedeutet eine solche Maßnahme, daß nur diejenigen Gemeinden die Senkung erfahren, die bisher Zuschlag über 300% erhoben haben. In Preußen liegt auch bereits ein Gegenentwurf vor, der eine solche Regelung vorseht. Damit ist wieder einmal eine gezielte Regelung getroffen worden, die in vielen Fällen eine Befreiung für sparame Wirtschaften gleichkommt. Alle diejenigen Städte und Gemeinden, die durch fortgesetztes Haushalten und ihre Realverrentungen bisher niedrig halten konnten und unter dem Landesdurchschnitt liegen, nehmen danach an der Senkung nicht teil. Viele Gemeinden aber, die lüftig darauf losgewirtschaftet haben, erhalten jetzt folglich eine Prämie dafür.

Dürfen die Gemeinden die Steuern erhöhen? Die Durchführungbestimmung des Reichsfinanzministers vom 20. Dezember 1930 lagt in § 5 Abs. 2 ganz klar: Nach dem 31. Dezember 1930 können Nachtragserlässe für das Rechnungsjahr 1930 nicht mehr beschlossen oder festgelegt werden. Diese Bestimmung, die 10 Tage vor Jahresende erlassen wurde, aber erst nach Weihnachten zur Veröffentlichung kam, wird allerdings in manchen Landkreisen zu Komplikationen führen. Hat z. B. ein Kreis in der letzten Jahreswoche eine erhöhte Kreisumlage beschlossen, dann wird er das Geld, das zu dieser Umlage erforderlich ist, aber nur von den Gemeinden bekommen können, die noch vor dem 1. Januar 1931 ihre Steuern erhöhte und noch vor diesem Termin die Genehmigung dazu erhalten haben. Alle anderen Gemeinden dürfen nach dem 1. Januar 1931 ihre Realverrentung nicht mehr erhöhen und daher, wenn sie kein hohes Bonifitium haben, dem Kreis die erhöhte Umlage nicht zahlen können. Selbst wenn die Gemeinde zahlen wollte, würde jeder Steuerpflichtige mit Erfolg gegen den neuen Steuerzettel angehen können.

*** Dem Kranken Hilfe.** Wir verweisen auf den am Freitag Abend in der „Westraube“ stattfindenden Vortrag. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer.)

Am vergangenen Sonntag hielt der Verein **Dübener Heide** in Bad Schmiedeberg eine außerordentliche Hauptversammlung ab, an der auch die hiesige Ortsgruppe teilnahm. Das Veranlassungsmittel „Schöne Aussicht“ im Waldgebiet, unterbrochen durch Gruppen der Tiere des Waldes, wie Füchse, Reh, Kaninchen, Hase und zahlreiche gefiederte Bewohner der Heide, selbst der Fasel hatte sich eingestellt. So war der äußere Rahmen für die Tagung durch den Präsidenten der „Schönen Aussicht“ gegeben, in den Heidegedanken eingeführt wurden die Teilnehmer durch den Vortrag des Lehrers Schimpf. Mäusenestill war es im Saal bei diesen Ausführungen, die das Thema „Welche Aufgaben hat die Heide unserer Arbeitsgemeinschaft?“ behandelten. Er zeigte die Schönheiten der Heide, die Gefahren, die der Heide drohen, er wies aber auch die Wege, die zur Erhaltung und Erschließung derselben möglich sind. Vanganhaltender Beifall lohnte dem Redner. Die darauf folgende geschäftliche Sitzung dehnte sich bis abends 6 Uhr aus. In ihr wurde in erster Linie die Beratung der Satzungen erledigt, die nach verschiedenen Veränderungen genehmigt wurden. Des weiteren wurde der Bericht über den Stand der Wegemarkierungen entgegengenommen, Vorschläge besprochen über die Form der Tafeln, Ausführlinien für Gasklärten und Gasklärten, Vereinsymbol. Diese technischen Fragen sollen von den Wegemerkern weiter erledigt werden. Zur Rosenkündigung soll versucht werden, von den einzelnen Gemeinden Darlehen aufzunehmen. Von unserer Ortsgruppe wurde die Anregung gegeben, bei der Reichsbahn die Einweisung der Station Wegwitz in den verfallenen Sonntagsvorkehr von Halle, Leipzig und Bitterfeld zu beantragen. Von der Ortsgruppe (sowohl wie vom Hauptverein) sollen entsprechende Schritte unternommen werden. Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß der Hauptverein ca. 600 Mitglieder angehört, die Remberger Ortsgruppe zählt 112 Mitglieder. Beschlossen wurde ferner, im September die Jahreshauptversammlung

verbunden mit einem Seidfest in Remberg abzuhalten.

Fußballsport. Am vergangenen Sonntag schickte der M. T. B. Remberg eine neu aufgestellte 2. Mannschaft der Fußballabteilung nach Gommeln, um gegen die dortige Fußballmannschaft, welche vor kurzem gegründet wurde, ihr erstes Spiel auszuführen. Um zwei Uhr erbönte der Anpfiff. Beide Mannschaften zeigten sehr großen Eifer, ja, sie waren manchmal so eifrig, daß sie ganz vergessen den Ball zu treffen. Auch machten viele des Älteren mit der linken Hand Bekanntschaft. Halbzeit 1:0 für Remberg. Nach der Pause gelang es dem Remberger noch zweimal einzutreten und den Sieg auf 3:0 zu erhöhen. Zu dem Spiel selbst ist zu sagen, daß beiden Mannschaften noch sehr viel Training fehlt. Vor allen Dingen müssen die Seiten gehalten werden und jeder Spieler muß auf seinem Platz bleiben. Das andere kommt mit der Zeit. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. Jedenfalls ist der Anfang gemacht und wir wünschen Gommeln, daß sie sich durch die erste Niederlage nicht abdrücken lassen, sondern tüchtig weiter trainieren, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Zerlegung des Verwaltungsvertrages

Berlin, 28. Januar. Die zur Zeit gültige Regelung des Verwaltungsvertrages für Landwirte läuft mit dem 31. Januar ab. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, schon jetzt den Verwaltungsvertrag für den ganzen Rest des laufenden Getreidewirtschaftsjahres festzusetzen. Hiermit dürfte den wiederholt geäußerten Wünschen (sowohl der Landwirtschaft wie der Mühlen- und des Handels) Rechnung getragen werden. Da die Landwirtschaftserträge im Februar und März noch unter einem erheblichen Verkaufsdruck steht, der sich später mindert, ist beabsichtigt, den Verwaltungsvertrag für Februar und März nur wenig, nämlich noch 80 auf 75 Prozent, zu erhöhen und in den folgenden Monaten weiter herunterzulegen, und zwar für April und Mai auf 65, für Juni und Juli auf 50 Prozent. Nur wenn die Versorgungslage oder die Preisentwicklung eine Veränderung der Verwaltungsverträge erforderlich macht, sollte nach § 3 des Verwaltungsvertrages eine andere Regelung erfolgen.

Uthausen. (Vorstadt, Kreisfreie!) — Die Hand (laut abgeklärt). Ein bewundernswürdiger Unfall betraf den aus Uthausen stammenden Wilhelm Kammier, hier. Er war mit Holzgelenk an der Kreisstraße beschäftigt. Durch Ausgleiten kam er dem Sägeblatt zu nahe, das ihn die rechte Hand buchstäblich abblähte. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Herr Dr. Müller-Remberg wurde er ins Paul Gerhardt-Spital Wittenberg gebracht. — Dem noch in seinem Alter arbeitenden Vater Kammier bringt man allseitigen Bedauern entgegen — Nicht oft genug kann ihm Umgang mit derartigen Maschinen zur Vorlast ermahnt werden.

Herberge (Efter). Die Räumungsarbeiten gehen weiter. Die Baufirma Dübener in Wittenberg, der die Effergenossenschaft die Ausführung der Räumungsarbeiten am Unterlauf der Schwarzen Effer übertragen hatte, hat nun von sich aus den Arbeiter, die wie gewohnt, wegen Nichtzahlung der Löhne durch die von der Firma Dübener ursprünglich beauftragte Firma Schwarz in der Effer getreten waren, einen Verzicht und danach den Lohnrest ausbezahlt lassen. Sobald es das Wetter erlaubt, werden die Arbeiten von der Firma Dübener selbst zu Ende geführt werden.

Teffen. Die Affäre Günther-Margazin soll, wie es heißt, jetzt auch vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Es soll neues, die beiden Angeklagten belastendes Material vorliegen.

Fünf Kinder vor dem Erkranken hinterlassen

Uffenberg. In Ruppertsdorf bei Wittenberg vorerwähnten fünf Kinder mit Fischpockenlähmung auf dem Dorf. Bislang kender die Scholle und die Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren fürzt ins Wipser. Der zufällig vorbeiziehende Maurer Ernst L. h. in Braunschweig schloß den Pfarrer und konnte sämtliche Kinder wohlhalten in Sicherheit bringen.

Kaunberg. Opfer der Wirtschaftskrise. Der Kaufmann S. u. h. u. g. und seine Ehefrau wurden in ihrer Wohnung in der Burgstraße tot aufgefunden. Sie hatte sich durch Einatmen von Vergasgas das Leben genommen, nachdem ihnen wegen schwerer wirtschaftlicher Rückschläge und Enttäuschungen unermesslich geworden war.

Halle. Rette Auslichten. Zur Zahlungsunfähigkeit des Konsumvereins wird noch mitgeteilt, daß die Genossen, wenn es zum Konkurs kommt nach den bekannten Bestimmungen nicht nur mit den eingezahlten Beträgen, sondern noch weit darüber hinaus zur Haftung herangezogen werden können. Auch die ausgeschiedenen Mitglieder seien diesem Zwang unterworfen.

Halle. Die täglichen Schlägereien. In der Leipziger Straße entstand eine Schlägerei zwischen mehreren Kommunisten und einem Nationalsozialisten, bei der der Nationalsozialist fünf Schüsse aus einer Schrotflintenpistole abgab. — Auch in der Schmeerstraße gerieten Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Die Beteiligten wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Bad Liebenwerda. Zur Vogelfläche. Die Vergrößerung des Disziplinärverfahrens gegen den früheren Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogt, hat im Preussischen Landtag der Reichsversammlung des Jahres 1930 zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, in der u. a. nach den Gründen einer Anfrage gemacht, in der u. a. nach den Gründen einer Entscheidung herbeigeführt haben und welche Maßnahmen das Innenministerium zu der im öffentlichen Interesse liegenden Verschleimung des Verfahrens getroffen habe. Schließlich heißt es in der Anfrage: „Ist das Staatsministerium bereit, mehrheitlich mit flämschem Nachdruck für eine klärende Behandlung des Verfahrens zu sorgen, damit u. a. auch die Angelegenheit der heutigen Finanznot nicht zu ungenutzter Weiterzahlung des Wartegeldes endlich wegschafft?“

Magdeburg. In der ersten Vollversammlung der Magdeburger Industrie- und Handelskammer er wies Präsident Rombold in einem Rückblick auf das verfloffene Wirtschaftsjahr darauf hin, daß der Einfluß der Kammer gegen die Erhöhung der Gemeindefiskalsteuer Erfolg gehabt habe. Auf Anordnung der zuständigen Minister haben die vom Regierungspräsidenten ernannten Staatskommissionäre die Erhöhung auf 845 Prozent rückgängig machen müssen, so daß es bei dem bisherigen Zuschlag von 305 Prozent verbliebe. Der Vorwurf der Stadt, daß ihr dadurch 1.400.000 RM entgingen, sei als unzutreffend zurückgewiesen worden. Im Bezirk der Magdeburger Industrie- und Handelskammer waren 75 Konkrete (1929/30) und 35 Vergleichsverfahren (1929/30) zu verzeichnen. Die Kammer stimmt

einem Beschluß zu, nach dem den Hausierern das Ausstellen von Wechseln verboten werden soll.

Queblinburg. Fünftöpfige Räuberbande verhaftet. Eine aus fünf Köpfen bestehende Räuberbande wurde hier von der Polizei ermittelt und festgenommen. Die Bande hat insbesondere die Umgebung von Queblinburg und Merinigerode durch fortwährende Diebstähle in Schrecken gesetzt. Die Täter wurden dem Queblinburger Gerichtsausschuss zugewiesen.

Leipzig. Vertagte Schlichtungsverhandlungen. Die Schlichtungsverhandlungen im Lohnkonflikt in der Leipziger Metallindustrie haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Nach zweitägiger Dauer wurden die Verhandlungen am Dienstag abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Leipzig. Kommunistenüberfall. In der Dresdener Straße wurden zwei Stahlhämmer von Kommunisten überfallen. Es kam zu einem Handgemenge in dem ein 24 Jahre alter Schloßer Stiche in die Lunge und in den Rücken erlief, während ein 19jähriger Installateur in den Oberarm gestochen wurde. Beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Einer der Angreifer wurde verhaftet, während die anderen entkommen konnten.

Dr. Külz Dresdner Oberbürgermeister?

Dresden. Wie aus dem Ergebnis der gemeinsamen Sitzung des Wahlausschusses, der Fraktionen und des Vorstandes des Stadtratskollegiums über die am 29. Januar vorzunehmende Wahl des neuen Oberbürgermeisters hervorgeht, ist aller Wahrscheinlichkeit nach damit zu rechnen, daß Minister a. D. Dr. Külz, der der Staatspartei angehört, zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt werden dürfte. In die engeren Wahl sind Dr. Külz, Dr. Wolf-Duisburg und Stadtrat a. D. Stoll-Berlin gestellt worden. Für Dr. Külz erklärten sich außer den Staatsparteilern die Sozialdemokraten, der Vertreter der Altsozialisten und auch des Zentrums sowie ein Teil der Gruppe Handwerk, Handel und Gewerbe, für Dr. Wolf die Deutsche Sozialpartei, die Nationalsozialisten, die Konservativen und die Nationalsozialisten mit ihren Kandidaten und die Kommunisten für den Stadtrat Stoll. — Das Stadtratskollegium zählt 75 Mitglieder, die Mehrheit beträgt also 38 Stimmen. Da die sieben kommunistischen Stimmen auf Stoll fallen, muß der bürgerliche Kandidat 35 Stimmen auf sich vereinigen. Dr. Külz dürfte mit etwa 40 Stimmen, und zwar der fünf Staatsparteilern, des Majoritätsanteils des Zentrumsvertreters, der Sozialdemokraten und eines Teiles der Gruppe Hand-

wert, wahrscheinlich schon im ersten Wahlgang gewählt werden. — Für den Posten des Dritten Bürgermeisters und als Leiter des neuen Gesundheitsamtes wird der Wahlausschluß den Dr. W. naheliegenden Direktor des Städtischen Gesundheitsamtes in Rdn. Dr. Coerper, vorgezogen.

Handelsminister Schreiber in Dresden

Dresden. Auf Einladung der Deutschen Staatspartei sprach der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, im Saale der Kaufmannschaft über wirtschaftspolitische Zeitfragen. In seinem vielfach von Zwischenrufen unterbrochenen Vortrage bezeichnete er die vorgeschlagene Arbeitsdienstpflicht als undurchführbar. Eine Beteiligung der Zinswirtschaft sei nur möglich, wenn die ausländischen Geldgeber Vertrauen in die Befähigung der deutschen Wirtschaft haben könnten. Die Reparationen könnten auf die Dauer in ihrer jetzigen Höhe nicht geleistet werden. Aber eine Revision des Young-Planes könne erst dann kommen, wenn die Haushalte und Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden in Ordnung seien. An eine Vertragsrevision mit dem Ziele der Wiedererlangung voller politischer und wirtschaftlicher Freiheit könne man erst denken, wenn das ganze deutsche Volk einig und in sich geschlossen sei.

Die Besitzer der Gemarkung Bußdorf
werden zu der am **Freitag, den 30. Jan.,** abends 7 Uhr stattfindenden
Bersammlung
im Schützenhausaal eingeladen Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Dtto Braunsdorf, Marktentrichter.

Nutzholz-Auktion Schköna.

Mittwoch, den 11. Februar, 10 Uhr, kommen in der „Weintraube“ in Gräfenhainichen öffentlich meistbietend zum Angebot

Revier Schköna: Durchforstungen und Sammeln, Abl. 6, 9, 10, 12, 13, 15, 16, 19, 22, 23, 28—31. 722 Kiefern (Al. 15—35) m. 304,6 fm.

Revier Thielenhaide: Planterbeie, Durchf. u. Sammeln, Abl. 11, 12, 13, 19, 20, 21, 28, 29: 569 Kiefern m. 308,13 fm, 4 Bir. m. 1,99 fm, 8 E. m. 4,28 fm, 30 Bu. m. 15,62 fm, 26 Fi. m. 6,68 fm. Listen auf Wunsch.

von **Bodenhausen'sche Forstverwaltung**
Schköna.

Holz-Auktion.

Die Forstverwaltung **Kolonie Gniez,** der Bergwitzer Braunkohlenerwerbe verkauft am **Sonntag, den 31. Januar 1931,** von 9 Uhr ab im **Gasthof Wexler-Gniez** öffentlich meistbietend aus dem **Gmischholz 1930/31**

ca. 200 rm Brennholz

Bedingungen im Termin

Die Forstverwaltung,
Bundorf.

Achtung!

Opel- und Phänomen-Fahrräder

bedeutend billiger. Original-Opel-Fahrräder mit Freilauf, rotem Gummi, gelbem Lederzeug, Sattel mit Nadeln, gelben Felgen, Laiche mit Werkzeug, 75 RM. Karbidlampen, Pedalen mit Gummi, Lenker la vernickelt, zu billigsten Preisen.

Friedrich Böhsch, Kemberg,
Leipziger Straße 12.

Benutzen Sie an den
langen Winterabenden
unsere reichhaltige

Leihbibliothek

Richard Arnold,
Buch- und Papierhandlung,
Leipziger Straße Nr. 64/65

Jeden **Freitag** von 11—1 Uhr halte ich im **Hotel**
Palmbaum in Kemberg

Sprechstunden

ab. **Rechtsanwalt Bode, Bad Schmiedeberg.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke, die uns zu unserer Vermählung dargebracht wurden, danken wir recht herzlich.

Richard Schröter und Frau
Olga geb. Knappe.
Gommlo, den 26. Januar 1931.

Morgen Donnerstag
von 2 Uhr ab frische
**Fasten-, Schaum-,
Mohn- und
Kümmel-Brezeln.**
O. Herrmann, Bäckerei

Morgen Donnerstag, von 1 Uhr an
**Schaum- und Fasten-
Brezeln**
Bäckerei Mattheß

Morgen Donnerstag
ab 2 Uhr

frische Brezeln

— **Ernst Berndt** —
Bäckerei • Tel. 284 • Conditorei

Forstplanwiese

und
Rabelwiese
je 1 Morgen groß, zu verpachten
Leipziger Straße 59

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes
Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher
Zähne in Kautschuk, Gold u.
unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten
und Stützfüße.

Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Rotta.

Seute **Mittwoch** abends 7 Uhr
bei Ruzze

Missionsvortrag
des Missionärs Wahl: „**Erleb-
nisse in China**“ mit **Bild-
büchern.** Eintritt frei.

ReitSPORT-Berein

Donnerstag, den 29. Januar,
abends 8 Uhr

General-Versammlung
im Ratskeller.

Um zahlreiches Erscheinen erlucht
Der Vorstand

**Haus-u. Grundbesitzer-
Verein e. V.**

Am **Freitag,** den 30. Januar,
abends 8 Uhr im **Hotel Blauer Hecht**

General-Versammlung

Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekanntgegeben.

Um zahlreichen Besuch der Mit-
glieder und ihrer Frauen bitter
Der Vorstand

Spielkarten

empfeht **Richard Arnold**

Hotel „Blauer Hecht“ :-: Kemberg
Gastspiel des Stadttheaters Wittenberg

Direktion Moje von Watten

Sonntag, den 1. Februar 1931, abends 8^{1/2} Uhr

Die große lustige **Militärkomödie**

Husarenfieber

Musikalisches Lustspiel in 4 Akten von Rabelburg und Stommonet.
In den Hauptrollen: Wlazi Durk, Annemarie Gentschel, Joe Becker,
Ernst Fischer, Paul Vogt, Franz Stenger, Hans Kiebler
Regie: Oberregisseur Joe Becker

Großes Kavallerie-Orchester unter Leitung von Kapellmeister
Walter Odenheimer

Preise der Plätze: 1.50, 1.—, 0.60 RM

Vorverkauf: **Buchhandlung Arnold**

Anschließend **BALL!**

Zum Weinberg

Sonntag und Montag,
den 1. und 2. Februar 1931

Lichtmeßfeier

— Montag — „Tanz“ — bei starkbegleitem Orchester —
Der Saal wird gut geheizt.

Es ladet freundlichst ein

E. Fehner.



Bergwitz

Am 1. Februar

groß. Preis-Maschinenball

Turn-Verein „Gut Heil“, Bergwitz
Der Vorstand

Oeffentlicher Vortrag

Eintritt frei! Jugendlichen ist der Zutritt in Begleitung Erwachsener gestattet

Dem Kranken Hilfe

durch Behandlung mit **Radium-Strahlen** plus
Hochfrequenz im eigenen Heim. Kein Verweilen
mehr in Fällen von Rheuma, Gicht, Ischias, Hexen-
schuss, Gallenleiden, Nerven- und Herzleiden, Seh-
und Gehörstörungen, Krampfadern, Asthma, Verdauungsstörungen, Stuhlverstopfung etc. ::

Lichtbilder-Experimental-Vortrag

Hochinteressante Vorführungen!

Freitag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr in der gold. Weintraube

Volkswohl-Lose

für soziale und kulturelle Zwecke

Einzellos 1.— RM. — Doppellos 2.— RM.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Hinscheiden unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter
und Großmutter

Frau Auguste Müller

geb. Görlich

die uns durch Wort, Schrift und Blumenpenden zu teil
wurden und ihr das letzte Geleit gaben, sagen wir hier-
durch unseren innigsten Dank.

Rotta, den 26. Januar 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wichtige Beilagen: Samstags Sonntagsblatt und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltigen Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für ständige Werbeposten unbedingt gegenwärtig. / Verlagsgeld: 10.— M., das Laufen, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 13

Donnerstag, den 29. Januar 1931

33. Jahrg.

Der Jagdverteilungsplan

des Jagdbezirks II der Stadt Kemberg für das Nachjahr 24. 6. 1930/31 liegt vom 29. Januar bis mit 12. Februar d. J. in der Stadtparkaffäre (Eintritt der Beteiligten aus. Einträge sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig. Kemberg, den 28. Januar 1931.

11] Der Jagdvorsteher
Diez, Bürgermeister

Kirchensteuer

2. Rate vom 1. Oktober 1930 bis 31. März 1931 und Rückstände von erster Rate (sowie ein Rückgeld von 2 M. von allen über 20 Jahre alten Personen, die keine Einkommensteuer zahlen oder deren Veranlagung von der Grundsteuer den Satz von 2 M. nicht erreicht, ist vom 30. Januar bis 15. Februar d. J. an unsere Kirchenkasse (Kühn, Leipziger Straße 55) zu zahlen.
Der Gemeindefiskusrat

Selbsthilfe der Städte.

Seit langen Jahrzehnten war die Lage der deutschen Städte nicht so ernst wie heute. Man muß damit rechnen, daß die Städte Ende März vor einem ungeheuren Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen. Unter diesen Umständen ist die volle Ausnutzung der Notverordnung notwendig. Die Notverordnung ist in erster Linie reichsfinanziell gedacht. Aber wer glaubt, daß die Ordnung im Reichshaushalt und die Selbsterhaltung der durch Wohlfahrtsarbeiten nur wenig bedrückten Väter der Gemeinden fülle, irrt. Die Reichsregierung weiß, daß es nichts nützt, den Reichssetz zu lancieren, wenn die Gemeinden nicht genügend berücksichtigt werden. Bei dieser Sachlage ist die von uns immer wieder geforderte Neuregelung der Krisenfürsorge und die Verlegung der Termine im Januar 1931, die den Gemeinden einen vermehrten Zuwachs an Wohlfahrtsarbeiten bringen, dringendes Gebot. Sonstige Wohlfahrtsarbeiten zur Neuregelung der Krisenfürsorge werden gegenwärtig immer wieder zwischen Reichsregierung und Städtetag besprochen.

Die deutschen Städte haben bewiesen, daß sie aus eigener Entschlossenheit alles tun, was nötig ist. Noch in diesem Haushaltsjahr müssen auf der Ausgabenseite alle Ersparnisse, die irgend möglich sind, gemacht werden. Vorschläge dazu richtete der Vorstand des Deutschen Städtebundes vor kurzem an die Städte; sie betrafen den Reichsfinanzen, die Krankenhäuser und das Schulwesen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen über die Wirtschaftsbearbeitung der Städte zum Abschluß gelangt, sind die Richtlinien für die Mitarbeit der kommunalen Kreditanstalten von den Landesregierungen vereinbart worden, sind schließlich Städtetag und Theaterorganisationen über eine zentrale Beratung der Theaterwirtschaftlich schließig geworden. Die Ausgaben für die Schulen beschränken zu müssen, ist keine leichte Aufgabe der Städte, auch hier werden sie, hartem Zwang folgend, die Verantwortung für unplanmäßige Entschlüsselungen auf sich nehmen. Die Sparmaßnahmen müssen sich jedoch organisch einfügen und, wo möglich, mit Verbesserungen Hand in Hand gehen. Auch Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge haben ihre natürlichen Grenzen. Bei der überaus großen Notlage breiter Schichten der Bevölkerung wird der jetzige Stand der Wohlfahrtsfürsorge im großen und ganzen soweit als möglich aufrecht erhalten werden müssen. Insbesondere sollten der vorbeugende Jugenddienst und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge nicht eingeschränkt werden. Die Bedürfnisse der Wohlfahrtsfürsorge müssen an die Lebenshaltungskosten angegliedert werden, wenn einerseits die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Lebensmittelpreise, andererseits die Gehälter und Löhne senkt werden. Außer solchen Sparmaßnahmen der Städte können weitere Ersparnisse in der Fürsorge dadurch erzielt werden, daß gesetzliche Bestimmungen geändert werden. Der Städtetag hat von der Reichsregierung verlangt: Der Rückzahlungsanspruch in der öffentlichen Fürsorge muß endlich gesetzlich festgelegt werden; die Bestimmungen des Umverteilungsgesetzes und des Aufwertungsgesetzes, nach denen Verzugsrenten und angeworfene Beiträge bis zu einem gewissen Betrage bei Bemessung der öffentlichen Unterstützung nicht berücksichtigt und angeworfene Ansprüche zur Schenkung der Wirtschaftsanprüche nicht herangezogen werden dürfen, müssen beseitigt werden; die gesetzliche Pfändungsgrenze bei der Verrentung unterhaltspflichtiger Angehöriger durch Rücknahme

verbände muß herabgesetzt, die Erbschaftsprüfung der Fürsorgeverbände gegenüber Versicherungsträgern müssen erweitert werden. Warum führt das Reich nicht endlich auch in der Krisenfürsorge die Bedürfnisprüfung ein? Die Geldmittel, die dort verwendet werden, könnten die Gemeinden entlasten. Auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft werden die Gemeinden ihre Selbsthilfe- und Sanierungsaktion fortsetzen. Sie werden weiterhin auf ihre Beschränkung über die größeren Investitionen, Zurückhaltung auf dem Geld- und Kapitalmarkt beobachten und kurzfristige Verschuldung meiden. Der Ausbau des kommunalen Wirtschaftswesens mit dem positiven Ziel einer produktiven Wirtschaftsberatung der Städte gewinnt in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Krisen für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wachsende Bedeutung. Eine besondere Behandlung wird die Prüfung der gemeindlichen Wirtschaftsbetriebe erfordern. Abgesehen von der auch hier durch die örtlichen Organe durchzuführenden laufenden Kassen- und Rechnungskontrolle handelt es sich hier um die Prüfung der höchsten Betriebe und die Wirtschaftlichkeit ihrer Organisation und Betriebsführung. Die Prüfungen werden sich sowohl auf Regiebetriebe als auch auf kommunale Betriebe in Privatrechtsform erstrecken.



Parlamentarischer Aufruf.

Die kommenden Verhandlungen
Berlin, 27. Januar

Nachdem der Reichsfunktor Dr. Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zusammenritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Anwischen hat ja auch bereits eine Fühlungnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden. Im besonderen wird nach einer Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei stattfinden und in politischen Kreisen wird angenommen, daß die Volkspartei bei Reichsregierung dann Mitteilung macht, welche Sparmöglichkeiten sie bei dem 800 Millionen-Antrag im Auge hat. Die Gerichte, daß Dingeldey bei seiner ersten Fühlungnahme mit Reichsminister Dr. Brüning personelle Veränderungen im Kabinett gewünscht hat, dürfte unzutreffend sein.

Betreiber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Besprechung mit dem Reichsfunktor Dr. Brüning über die von den Sozialdemokraten beantragte Stafflung bei der Kürzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien selbst wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fühlungnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Löbe formulierten Anregungen zur Parlamentarismoreform erörtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, daß ähnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Antidote, die finanzielle

Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Immunität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure selbsten und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Disziplinargesetzes wird im engen Zusammenhang mit der Erörterung stehen, und im besonderen wird das Schicksal des Disziplinargesetzes davon abhängen, ob der Reichstagsausschuß für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister schon selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Disziplin ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Volkspartei abhängen, ob sie sich entschließt, dem Entwurf zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Hugenberg fordert Breuherwahlen

Berlin, 28. Januar.

Auf der von der DNVP gestern veranstalteten Reichsgründungsfeier hielt der Parteivorsitzende, Geheimrat Dr. Hugenberg, eine programmatische Rede, in der er u. a. ausführte: Seitens des Reichstags für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister schon selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Disziplin ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Volkspartei abhängen, ob sie sich entschließt, dem Entwurf zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Das ist unsere zweite Parole für 1931. Denn was ist das Spielchen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum anderes als eine verkappte Große Koalition? Wir rufen Euch heute laut und öffentlich den von uns gewählten Reichspräsidenten an: Möge er auf der Hut sein, nicht in das Begegnen von dem hineingezogen zu werden, was er will, in die geschichtliche Verantwortung für einen neuen Staatsstreich, für einen Staatsstreich in Breuhen, dem die Reichswehr Gerechtigkeit zu tun gedenkt. Wir verlangen zum Beweise dessen, daß man so etwas nicht will, die Neuwahl des Reichspräsidenten in diesem Frühjahr! Das neue Reich, für das wir kämpfen, ist Bismarcks Reich und doch ein ganz anderes Reich. Einst traf die Sozialdemokratie eine falsche Wahl, die aber nicht mit dem Erfolg, daß die Inflation immer weiter um sich griff. Jetzt dreht das Kabinett Brüning, weil es um der gemeinsamen Herrschaft in Breuhen willen an die Sozialdemokratie ansetzt, die gleiche Falle in der entgegengesetzten Richtung. Es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Elend herauszuführen vermag: Zurück zur Heiligkeit-Mark! Die wirtschaftspolitische Rettung unseres Volkes, das ist die dritte Parole für 1931!

Nach Dr. Hugenberg sprach Hofprediger D. D o e r i n g, der seine Ausführungen schloß: Die deutsche Nation lasse das Reich Brüning mit seinen bolschewistischen Folgezuständen hinter sich und ziehe dem Dritten Reich, dem neuen deutschen Reich, entgegen.

Aus dem Freistaat Thüringen.

Staatsminister Dr. Fric über seine Ministerfraktion.

Weimar, 27. Januar

Staatsminister Dr. Fric sprach in einer Kundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjährigen Bestehens der gegenwärtigen Thüringer Regierung veranstaltet worden war, über seine Ministerfraktion.

Bei allen feinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Voraussetzungen für die Vereinfachung Deutschlands der Zusammenfassung des gesamten Volkes in einen einheitlichen Widerstand, Abwehr, und Freiheitswillen sei.

Als besonders wertvoll und notwendig bezeichnete er, daß dieser neue Geist und Wille in die Herzen der Jugend verankert werde. Mit Stolz könne er sagen, daß gerade bei der Jugend schon heute Erfolge in nationalsozialistischem Sinne zu beobachten seien. Der Angelpunkt der nationalsozialistischen Politik sei, die Jugend immer mehr mit dem Geist des Widerstandes zu erfüllen, um so den Boden für Taten vorzubereiten, die vom deutschen Volk verlangt werden müßten, wenn es seine Freiheit wiederlangen wolle.

Auch die religiös-freie Erneuerung sei ein Gebot der Stunde. Deshalb habe er die Schulgebote eingeführt.

Dr. Fric freute sich über die Beratung des Kassationsgesetzes Dr. Günther und des Bauinspektors Professor Schulze-Naumburg um dann seinen Fachberatern für ihre Mitarbeit Dank zu sagen. Hierbei wies er den Vorwurf der Futurismuskritik zurück und erklärte, daß er trotz der Berufung seines Fachberaters nicht zurückgehen werde. Da Beratungen für die Nationalsozialistischen Nachfragen seien. Die ungeheure Aufgabe, die sich die Nationalsozialisten in der Befreiung des deutschen Volkes gestellt hätten, sei in Thüringen zwar erst in den allerersten Anfängen, aber Millionen deutscher Volksgenossen hätte dieser Anfang mit neuer Hoffnung erfüllt.

